

Talfahrt des Euro setzt sich fort

FRANKFURT sda. Der Euro rutscht immer weiter ab: Gestern fiel der Kurs der Gemeinschaftswährung nach überraschend schwachen Konjunkturdaten aus Deutschland unter 1.18 US-Dollar und erreichte bei 1.1763 Dollar den tiefsten Stand seit mehr als neun Jahren. Damit aber nicht genug: Der Euro rutschte damit sogar unter das Niveau seiner Einführung Anfang 1999. Damals hatte die Europäische Zentralbank (EZB) den ersten Referenzkurs der neuen Währung am 4. Januar auf 1.1789 Dollar festgesetzt. Der Tiefstand lag bis anhin aber bei 0.825 Dollar im Oktober 2000. Seit vergangenem Mai hat die Gemeinschaftswährung mittlerweile rund 16 Prozent an Wert verloren. Damals kratzte der Euro an der 1.40-Dollar-Marke. Für Verkaufsdruck sorgte aber auch die Aussicht auf ein weiteres Öffnen der Geldschleusen in der Eurozone. Die US-Notenbank Fed steuert dagegen auf die erste Zinserhöhung seit 2009 zu, was dem Dollar Auftrieb gibt. Ausserdem sorgt die starke Konjunktur in den USA für positive Impulse beim Dollar.

NACHRICHTEN

Saint-Gobain vertraut Sika-VR

SCHANGHAI sda. Saint-Gobain-Chef **Pierre-André de Chalendar** hat an einer Veranstaltung im chinesischen Shanghai dem Sika-Management sein Vertrauen ausgesprochen. «Ich habe grosse Achtung davor, was das Management aus der Gruppe gemacht hat.» Ausserdem hielt de Chalendar fest, dass er dem Management weiterhin sein Vertrauen schenke. Der Sika-Verwaltungsrat und das Management wehren sich gegen die Übernahme des Bauchemie- und Klebstoffherstellers durch die Franzosen.

Passagier-Rekord für Basel Airport

BASEL sda. Im vergangenen Jahr hat der EuroAirport (EAP) in Basel-Mülhausen über 6,5 Millionen Passagiere verzeichnet. Das entspricht einem Plus von 11 Prozent und ist gleichzeitig der vierte Passagierrekord in Folge, wie die Flughafendirektion gestern bekannt gab. Die Zahl der Arbeitsplätze auf dem binationalen Flughafen stieg ausserdem 2014 um rund 300 auf 6200.

Stellenabbau bei Bank trifft Genf

HONGKONG sda. Die britische Grossbank Standard Chartered kündigte gestern an, allein im Privatkundengeschäft 4000 Stellen abzubauen. Zudem werden Teile des unrentablen Aktiengeschäfts geschlossen – darunter der Handel und Dienstleistungen rund um Börsengänge und Kapitalerhöhungen. Damit fallen weitere 200 Jobs weg. In Genf transferiert die Bank die Guthaben ihres Privatkundengeschäfts des Weiteren auf andere Standorte wie Jersey, London und Dubai, wie eine Banksprecherin sagte. Das Finanzhaus beschäftigt insgesamt 86 000 Mitarbeiter.

HEIZÖLPREISE

Richtpreise in Franken (inkl. Mehrwertsteuer) für die Stadt Luzern (übrige Gebiete je nach Transportkosten)

Preis 100 Liter	8. 1. 2015	Vortag
800 – 1500	85.80	85.90
1501 – 2000	83.10	83.20
2001 – 3500	78.50	78.70
3501 – 6000	76.00	76.10
6001 – 9000	74.50	74.60
9001 – 14 000	71.40	71.60

Quelle: Swiss Oil Zentralschweiz

«Wir stellen eine Sättigung fest»

WOHNEN Ansgar Gmür (61) leitet seit 15 Jahren den Hauseigentümergebietverband Schweiz. Der Ökonom sieht den Immobilienmarkt abkühlen und warnt vor den Folgen weiterer Regulierungen.

INTERVIEW ERNST MEIER
ernst.meier@zugerzeitung.ch



Ein Eigenheim bleibt der Traum der Schweizer. Stark gestiegene Immobilienpreise und knappe Baulandreserven erschweren das zunehmend. Ist bald ausgeträumt?

Ansgar Gmür: Natürlich ist der Kauf eines Eigenheims mit hohen Investitionen verbunden. In gewissen Regionen sind die Preise heute so hoch, dass sich junge Paare den Kauf eines Hauses oder einer Wohnung allein nicht leisten können – selbst wenn sie Doppelverdiener sind. Mit dem Vorbezug von Pensionskassengeldern oder einem Erbe können sie ihren Traum oft doch noch realisieren. Die Voraussetzungen sind schwieriger geworden. Als ich jung war, habe ich mir schon früh ein Eigenheim leisten können. Wir haben aber zehn Jahre auf Ferien verzichtet und sind ein altes Auto gefahren. Ich stelle fest, dass viele junge Menschen heute ein Haus wollen – ohne in früheren Jahren Geld beiseite gelegt zu haben.

Seit über 15 Jahren steigen die Immobilienpreise, obwohl gleichzeitig kräftig gebaut wird. Was sind die Haupttreiber?

Gmür: Der Haupttreiber für die steigenden Preise sind wir alle selber. Wir Schweizer brauchen gegenüber der Bevölkerung vor 10 Jahren im Durchschnitt ein Zimmer mehr. Natürlich ist die starke Zuwanderung mitschuldig an der Preisentwicklung. Wenn jährlich 100 000 Personen in unser Land einwandern, gibt das einen starken Druck auf die Wohnpreise, denn die Bautätigkeit entwickelt sich nicht im gleichen Tempo.

Wie lange steigen die Immobilienpreise weiter?

Gmür: Die grosse «Chilbi» ist vorbei. In den sogenannten Hotspots, dort, wo es in den letzten Jahren zu Überhitzungen kam –



Wer den Kauf eines Hauses – wie hier am Sterenweg in Zug – nicht über 30 Jahre finanzieren kann, sollte die Finger davon lassen.

Bild Dominik Wunderli

Zürich, aber auch Zug oder Luzern –, kann es zwar weiterhin zu Übertreibungen kommen, vielerorts geben die Preise jedoch nach. Das beobachten wir zum Beispiel im Hochpreissegment, wo sich Immobilien deutlich verbilligen. Auch auf dem Land sinken die Preise. Das ist ein gesunder Prozess, denn in den letzten Jahren kam es vielerorts zu Übertreibungen.

Die Zuwanderung hält an. Weshalb sinken dann die Preise?

Gmür: Zum einen stellen wir eine Sättigung fest, nachdem in den letzten zehn Jahren überdurchschnittlich viel gebaut worden ist. Mancherorts gibt es sogar ein Überangebot – so beim Stockwerkeigentum im Raum Luzern. Zum anderen wirken die Massnahmen von Bundesrat und Natio-

nalbank zur Verhinderung einer Überhitzung auf dem Immobilienmarkt. Wer heute ein Eigenheim kauft, muss mehr Ersparnis mitbringen. Die Beschränkung des Bezuges von PK-Geldern wirkt bereits dämpfend.

Doch will der Bund neue Regulierungen – den PK-Vorbezug ganz verbieten.

Gmür: Das wäre aus unserer Sicht ein Fehler und könnte den Markt ganz abwürgen. Ein solches Verbot widerspricht dem Grundsatz der Wohneigentumsförderung. Wer PK-Gelder in ein Eigenheim investiert, erhält einen nachhaltigen Gegenwert. Wir sind überzeugt, dass die heutigen Vorschriften reichen, um den überhitzten Markt in ein «Soft Landing» zu überführen.

Verband wird 100

HEV eme. Der Hauseigentümergebietverband (HEV) mit rund 320 000 Mitgliedern feiert heuer das 100-jährige Bestehen. Der HEV ist mit 120 regionalen und lokalen Sektionen in der ganzen deutschsprachigen Schweiz sowie im Tessin vertreten. Der HEV setzt sich auf nationaler Ebene für die Interessen der Wohneigentümer und Vermieter ein. Im Rahmen des Jubiläumjahres hat der HEV Schweiz gestern rund 300 Gäste aus Politik, Wirtschaft und der Immobilienbranche ins Verkehrshaus nach Luzern eingeladen. Zu diesem Anlass wurde eine HEV-Lokomotive enthüllt und getauft. Sie wird künftig auf dem SBB-Schiennetz quer durch die Schweiz unterwegs sein.

Heute beträgt der Zins für eine 10-jährige Hypothek teilweise weniger als 1,5 Prozent. So lange die Zinsen so tief verharren, bleibt die Versuchung gross, in den Immobilienmarkt zu investieren. Wie lange hält das an?

Gmür: Solange sich an der Situation in Europa nichts ändert – sei es positiv oder negativ – und der Franken an den Euro fixiert bleibt, können die Zinsen zwei, drei Jahre sicher auf diesem tiefen Niveau verharren. Man muss nun beobachten, was passiert, wenn die USA heuer die Zinsen anheben, so wie das erwartet wird. Es kann sich schnell etwas ändern. 2007 dachten wir, der Immobilienboom sei vorüber. Dabei ging es erst richtig los. Es ist schwierig, die Entwicklung vorauszuahnen.

Was raten Sie jenen, die jetzt noch zugreifen wollen und Ausschau nach einem Eigenheim halten?

Gmür: Wer den Kauf einer Wohnung oder eines Hauses nicht für einen Zeitraum von 20 bis 30 Jahren finanzieren kann, der soll die Hände davon lassen. Man muss sich bewusst sein, dass eine Hypothek, die heute für 10 Jahre abgeschlossen wird, im Jahr 2025 mit einem weitaus höheren Zins verlängert werden könnte. Weiter sollten Kosten für Unterhalt und Amortisation miteinberechnet werden. Kaufwillige sollen die Immobilienangebote und die Bankofferten genau vergleichen. Ich staune, wie junge Leute beim Kauf von Lebensmitteln sorgfältig die Preise vergleichen. Beim Immobilienkauf gehen sie jedoch viel unkritischer vor.

Swatch unterliegt gegen UBS vor Gericht

URTEIL Die UBS ist nicht schuld am Anlageverlust von Swatch während der Finanzkrise. Dieser Entscheid lässt die Debatte um einen stärkeren Anlegerschutz aufflackern.

sda. Die UBS ist nicht verantwortlich für den Anlageverlust von Swatch während der Finanzkrise. Das Bundesgericht in Lausanne stützt einen Entscheid des Zürcher Handelsgerichts. Im Jahr 2011 hatte Swatch beim Zürcher Handelsgericht Klage gegen die Bank wegen Verletzung der Sorgfaltspflicht eingereicht. Der Uhrenhersteller forderte von der UBS 24,8 Millionen Franken Schadenersatz plus Zinsen, wegen schwerer Anlageverluste im Zuge der Finanzkrise im Jahre 2008.

Swatch-Manager hatten Erfahrung

Swatch fühlte sich von der UBS schlecht beraten, nachdem eine Anlage nach der «Absolute Return»-Strategie zum Millionengrab wurde. Solche Bankprodukte sollten selbst dann Erträge liefern, wenn die Marktentwicklungen ungünstig sind. Die Finanzkrise hatte auch bei Absolute-Return-Produkten für Ausfälle gesorgt.

Das Bundesgericht kommt zum Schluss, dass die Anlageempfehlungen der UBS im Mai und Juni 2007 angemessen gewesen seien. Zudem seien die Swatch-Verantwortlichen selbst erfahrene Manager. Es sei nicht notwendig gewesen, dass die Bank sie auf die üblichen Marktrisiken und die Möglichkeit eines substanziellen Verlusts aufmerksam gemacht habe. Swatch reagierte mit Bedauern auf den Entscheid der Bundesrichter. Die Bank teilte mit, sie sehe ihre Position bestätigt.

Umstrittenes Bundesgesetz

Vor dem Hintergrund der vom Bundesrat und der Finanzmarktaufsicht Finma geforderten Verstärkung des Anlegerschutzes birgt der Entscheid des Bundesgerichts jedoch einige Brisanz: Seit Juni 2104 ist das neue Finanzdienstleistungsgesetz (Fidleg) in der Vernehmlassung. Das Gesetz soll den Schutz der Anleger und Bankkunden verstärken – insbesondere sind die Einführung der Verbandsklage, die Beweislastumkehr und die Schaffung eines Prozesskostenfonds vorgesehen. Der Fonds würde Kosten übernehmen, wenn ein vor Gericht unterlegener Kunde seinen Fall an die nächsthöhere Instanz weiterzieht. Mit der Umkehr der Beweislast müssten Kunden nicht mehr eine Falschberatung durch die Bank beweisen, sondern die Bank die korrekte Beratung.

Ruag baut in Emmen zahlreiche Stellen ab

FLUGZEUGBAU Der Technologiekonzern richtet seine Sparte Flugzeugstrukturbau neu aus. Künftig will man sich vor allem auf die zivile Luftfahrt konzentrieren.

hoer. Zwischen 15 und 20 Mitarbeiter bei der Ruag in Emmen erhalten die Kündigung, weitere 20 wechseln innerhalb des Ruag-Konzerns auf neue Stellen – zum Teil auch an andere Standorten. Der Technologiekonzern richtet damit seine Division Flugzeugstrukturbau in Emmen neu aus. Dies teilte die Ruag gestern mit. In der Division Flugzeugstrukturbau arbeiten in Emmen rund 340 Mitarbeiter, gesamthaft beschäftigt die Ruag am Standort Emmen rund 1200 Mitarbeiter.

Job-Center hilft bei Stellensuche

Stellen werden gemäss Ruag-Sprecher Jiri Paukert in der Produktion, der Planung und im Support abgebaut. Die gekündigten Mitarbeiter würden durch ein internes Job-Center bei der Stellensuche aktiv unterstützt. Die Reorganisation hängt ge-

mäss Ruag mit der strategischen Neuausrichtung des Technologiekonzerns zusammen. «Die Ruag setzt den Fokus künftig verstärkt auf zivile Luftfahrtprogramme und weniger auf Aufträge aus dem Militärbereich», sagt Jiri Paukert auf Anfrage. Diese Neuausrichtung mache eine Fokussierung auf Kernkompetenzen wie Zerspanungstechnik, Oberflächenbehandlung und die Zusammensetzung von Baugruppen notwendig.

Airbus-Auftrag sorgt für Grundlast

Im Vordergrund der Reorganisation stehe die dauerhafte Sicherung des Standortes durch eine zukunftsfähige Kostenstruktur. «Durch die Reorganisation wird die Wettbewerbsfähigkeit deutlich gestärkt», sagt Ruag-Sprecher Jiri Paukert. Die Grundausrüstung des Flugzeugstrukturbaus am Standort Emmen werde in den nächsten Jahren durch Aufträge im Rahmen der Airbus-Programme für die Ruag Aerostructures im deutschen Oberpfaffenhofen sichergestellt. Die Ruag in Emmen baut im Rahmen des Programms bestimmte Flügelteile für den Airbus 320 und andere Airbusmodelle. Die Reorganisation versetze die Ruag aber nun auch in die Lage, weitere neue Aufträge aus der Zivilluftfahrt zu gewinnen. Potenzial gäbe es hier beispielsweise bei Bombardier oder Boeing.